

Schraps: Zukunft der Ostseeregion gemeinsam mit jungen Menschen diskutiert

4.9.2026 - | Deutscher Bundestag

Konkrete politische Beteiligung junger Leute: Diesem Anspruch wird die Ostseeparlamentarierkonferenz gerecht, sagt Johannes Schraps (SPD), Leiter der deutschen Delegation zur Konferenz der Ostseeparlamentarier (Baltic Sea Parliamentary Conference, BSPC), deren Mitglieder vom 30. August bis 1. September 2026 in Lübeck in Schleswig-Holstein zu ihrer 35. Jahrestagung zusammenkamen. Die jungen Teilnehmer hätten mit den Abgeordneten diskutiert und ihre Vorschläge direkt in die Sitzungen und die Resolution eingebracht. „Wir überlegen gemeinsam, wohin wir in der Ostseeregion wollen“, so Schraps.

Im Interview spricht der SPD-Abgeordnete aus dem niedersächsischen Wahlkreis Hameln-Pyrmont – Holzminden darüber, wie die Forderungen der jungen Menschen in konkrete Politik übersetzt werden sollen sowie darüber, wie die Ostseeanrainer die Region mit einer gemeinsamen regionalen Strategie gegen Krisen, Cyberangriffe, Desinformation und hybride Bedrohungen widerstandsfähiger machen wollen. „Die Ostseeregion steht vor Herausforderungen, die kein Land allein lösen kann.“ Das Interview im Wortlaut:

Herr Schraps, wurde die Konferenz dem Motto „Youth.Set.Sail.“ gerecht?

Ich finde schon. 49 junge Menschen aus 14 Ländern und Regionen der Ostseeregion haben in Lübeck miteinander gearbeitet und ihre eigenen Forderungen entwickelt. Schon mit der Präsidentschaft des Bundestages 2022/2023 hatten wir erstmals sichergestellt, dass die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur ein eigenes Forum parallel zur eigentlichen Parlamentarierkonferenz hatten und konkret vor Ort Teil der politischen Beratungen sein konnten. Auch dieses Mal waren sie in alle Diskussionsrunden der BSPC eingebunden und haben ihre Vorschläge ganz direkt mit uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern diskutiert. Neu war in diesem Jahr, dass diese Vorschläge zum Teil konkret in die Abschlussresolution der Konferenz einfließen konnten. Das hat die Ergebnisse tatsächlich verändert und die Einbindung der jungen Generation erneut weiterentwickelt.

Es wurde also nicht über die jungen Leute, sondern mit den jungen Leuten gesprochen?

Genau das war der Anspruch. Jugendbeteiligung darf nicht bedeuten, dass wir als Parlamentarier darüber diskutieren, was junge Menschen vermutlich wollen. Sie müssen selbst mit am Tisch sitzen und dürfen nicht nur Feigenblatt oder Staffage sein. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben zunächst untereinander Empfehlungen erarbeitet, diese anschließend direkt mit uns diskutiert und im Rahmen der thematischen Sessions in die BSPC-Konferenz eingebracht. Besonders wichtig finde ich, dass sich ein Teil dieser Vorschläge auch in der gemeinsamen Resolution wiederfindet. Damit bleibt es nicht bei einem symbolischen Austausch, es kommt zu konkreter politischer Beteiligung.

Was ist Ihr Eindruck von der generationenübergreifenden, internationalen Zusammenarbeit? Was war den jungen Teilnehmern besonders wichtig?

Mein Eindruck war sehr positiv. Den jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmern musste nicht erst erklärt werden, warum die Zusammenarbeit im Ostseeraum wichtig ist. Im Gegenteil: Themen wie Sicherheit und Krisenvorsorge, Desinformation, digitale Souveränität, Klimaschutz und der Zustand

der Ostsee wurden von ihnen sehr konkret angesprochen. Es gab zudem ein weißes Segel im Konferenzsaal, auf dem junge Teilnehmerinnen und Teilnehmer und Abgeordnete ihre Wünsche und Ideen festhalten konnten. Das passt gut zum Anspruch der Konferenz: Wir geben nicht einfach eine Richtung vor, sondern überlegen gemeinsam, wohin wir in der Ostseeregion wollen.

Was wollen Sie dafür tun, damit die Konferenzergebnisse der jungen Menschen in konkrete Politik übersetzt wird?

Der erste wichtige Schritt war, dass ihre Forderungen Eingang in die Resolution gefunden haben. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass daraus politische Arbeit wird. Die Resolution richtet sich ganz konkret an die Regierungen und Parlamente der Ostseeregion. Sie fordert beispielsweise strukturierte Dialogformate mit jungen Menschen, freiwillige Jugendprogramme zur Krisenvorsorge und sogar ein Jugendbeteiligungs-Pilotprojekt bei HELCOM (Helsinki Commission, zwischenstaatliche Organisation zum Schutz der Meeresumwelt im Ostseeraum). Für uns Parlamentarier heißt das: diese Punkte in unseren nationalen Parlamenten aufgreifen, gegenüber den Regierungen nachhalten und bis zur nächsten BSPC-Jahrestagung evaluieren, was davon tatsächlich umgesetzt wurde.

Sollte die Verzahnung von Jugendforum und BSPC strukturell verankert werden? Kann man hinter diesen Zustand der Zusammenarbeit überhaupt zurück?

Ich würde mir wünschen, dass wir weiter darauf aufbauen. Wenn wir jungen Menschen sagen, dass wir ihre Perspektive ernst nehmen, dann darf das nicht davon abhängen, wer gerade die Präsidentschaft der BSPC innehat. Während der letzten drei bis vier Präsidentschaften haben wir diese Beteiligungsformate verankert und damit eine Erwartungshaltung an jede zukünftige Präsidentschaft geschaffen, hinter die wir aus meiner Sicht auch nicht mehr zurückweichen werden.

Eine Arbeitsgruppe der Konferenz befasst sich mit Cybersicherheit. Warum haben sich gerade die Ostseeparlamentarier das Thema vorgenommen?

Im Ostseeraum zeigt sich sehr deutlich, dass Sicherheit heute weit mehr umfasst als klassische militärische Sicherheit. Wir erleben Angriffe und Sabotageverdachtsfälle gegen unterschiedlichste kritische Infrastrukturen, Desinformationskampagnen, Cyberangriffe und zunehmend auch KI-gestützte Einflussnahme. Gleichzeitig sind unsere Länder wirtschaftlich, digital und infrastrukturell eng miteinander verbunden. Ein Angriff auf Unterseekabel, Energieinfrastruktur oder öffentliche IT-Systeme macht nicht an einer Staatsgrenze Halt. Bereits im vergangenen Jahr hatten wir eine Arbeitsgruppe zu dieser Thematik für zwei Jahre eingesetzt. Sie hat ihren Zwischenbericht vorgelegt, und dementsprechend finden sich auch erste Forderungen in der diesjährigen Konferenzresolution. Zu diesen Herausforderungen kommt natürlich auch die veränderte Sicherheitslage durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Gerade deshalb ist die Ostseeregion ein Raum, in dem wir unsere Widerstandsfähigkeit nur gemeinsam stärken können.

Was genau wird in dem Bereich vorgeschlagen?

Im Kern geht es darum, aus vielen nationalen Maßnahmen eine gemeinsame regionale Strategie zu machen. Die Resolution fordert deshalb eine stärkere Ostsee-Dimension in den nationalen Strategien zu Cyber- und Informationssicherheit und einen gemeinsamen strategischen Rahmen für Cybersicherheit, den Schutz kritischer Infrastruktur, den Umgang mit Desinformation und die demokratische Gestaltung von Künstlicher Intelligenz. Dazu gehören auch eine engere Abstimmung bei Cybervorfällen, die bessere Verzahnung mit den Krisenmechanismen von EU und Nato und ein Frühwarnnetzwerk gegen feindliche Informationsoperationen. Gleichzeitig geht es um Medienkompetenz und kritisches Denken. Technische Sicherheit allein reicht nicht aus, wenn wir

unsere Gesellschaften resilienter machen wollen.

Wie wurde der Zusammenhang zwischen digitaler Stabilität und Demokratie diskutiert?

In der Diskussion waren wir uns einig: Demokratie ist darauf angewiesen, dass Menschen staatlichen Institutionen vertrauen können, dass Informationen verlässlich sind und dass zentrale Infrastruktur funktioniert. Wenn öffentliche Einrichtungen durch Cyberangriffe lahmgelegt werden oder wenn gezielte Desinformation Vertrauen in demokratische Institutionen untergräbt, ist das deshalb nicht nur ein technisches Problem. Deshalb gehören Cybersicherheit, Informationssicherheit und demokratische Resilienz für uns zusammen. Es geht nicht nur darum, Systeme vor Angriffen zu schützen, sondern auch darum, unabhängige Medien, Medienkompetenz und eine starke demokratische Öffentlichkeit zu stärken.

Was geben die Parlamentarier mit ihrer Resolution den Regierungen auf den Weg?

Die Resolution ist relativ breit, aber für mich ziehen sich drei große Aufgaben durch: Erstens müssen wir junge Menschen stärker in unsere demokratischen Entscheidungsprozesse einbeziehen. Zweitens müssen wir unsere Gesellschaften gegen Krisen, Cyberangriffe, Desinformation und hybride Bedrohungen widerstandsfähiger machen. Und drittens müssen wir den Schutz der Ostsee selbst weiter vorantreiben.

Um was geht es dabei konkret?

Konkret geht es unter anderem um freiwillige Jugendprogramme zur Krisenvorsorge, einen strukturierten Dialog mit jungen Menschen, eine engere regionale Zusammenarbeit bei Cyber- und Informationssicherheit, den Schutz kritischer Infrastruktur sowie eine schnellere Umsetzung des HELCOM Baltic Sea Action Plan zum Umwelt- und Klimaschutz in der Ostseeregion. Auch der Schutz der biologischen Vielfalt, die Wasserqualität und ein gemeinsames Monitoring von PFAS-Belastungen (per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen, sogenannte Ewigkeitschemikalien, die sich in der Natur nur sehr langsam abbauen) werden ausdrücklich angesprochen.

Ihr Fazit?

Das Entscheidende ist für mich: Die Ostseeregion steht vor Herausforderungen, die kein Land allein lösen kann. Genau dafür ist die BSPC da: politische Unterschiede auszuhalten, gemeinsame Interessen zu identifizieren und daraus konkreten Handlungsdruck für unsere Regierungen zu entwickeln.

(11/04.09.2026)

<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2026/kw36-interview-schraps-1209266>